



Antrag

der Abgeordneten **Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griefßhammer, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bericht über die Vergabe staatlicher Grundstücke in Erbpacht-Modellen für den staatlichen Wohnungsbau

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr über die Vergabe staatlicher Grundstücke in Erbpacht-Modellen für den staatlichen Wohnungsbau zu berichten:

- Wie viele Grundstücke sind im Eigentum des Freistaates Bayern, die für Wohnbebauung geeignet sind (aufgeschlüsselt nach Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten), und welche dieser Grundstücke sind für die Vergabe im Erbbaurecht für den staatlichen Wohnungsbau vorgesehen?
- Wie ist der Zeitplan der Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten verbilligten Vergabe von staatlichen Grundstücken im Erbbaurecht zur Schaffung neuer staatlicher Wohnungen?
- Welche Konditionen (u. a. Erbpachtzins, Dauer) sind dafür vorgesehen?

Begründung:

Jedes Jahr steigen die Mieten in Bayern an. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Dass die Mieten nicht mehr bezahlbar sind, ist längst nicht mehr ein Problem einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, sondern hat bereits die Mittelschicht erreicht – insbesondere in Südbayern und den Ballungsgebieten. Es ist begrüßenswert, dass der Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER nun ankündigt, „staatliche Grundstücke [...] im Erbbaurecht zur Schaffung neuer staatlicher Wohnungen zur Verfügung [zu] stellen“. Dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr soll Bericht erstattet werden, wie der Umsetzungsstand dieses wichtigen Bausteins für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist.